



Das Konferenzzentrum für die COP29 in Baku

Foto: WKÖ

Bericht aus Baku, Aserbaidschan

## COP29: Kompromiss und verhärtete Fronten

Bereits im Vorfeld der COP29 gab es Kritik an Aserbaidschan als Austragungsland, das immens von Öl- und Erdgasexporten profitiert. Die Verhandlungsführung der Präsidentschaft bestätigte diese Kritik.

Die diesjährige Weltklimakonferenz COP29 der Vereinten Nationen in Baku, Aserbaidschan, stand ganz unter dem Aspekt der internationalen Klimafinanzierung. Jährlich stellen die Industriestaaten den Entwicklungsländern finanzielle Mittel zur Vermeidung und Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung. Diese finanziellen Mittel sind gänzlich unabhängig vom Fonds für Verluste und Schäden, der auf der COP27 in Ägypten beschlossen wurde. Bisher handelt es sich dabei um eine jährliche Summe von 100 Milliarden Dollar.

**Forderung der Entwicklungsländer: 1,3 Billionen US-Dollar**

Die Forderung der Entwicklungsländer, die Summe, die die Industriestaaten zur Verfügung stellen, bis in Jahr 2035 auf 1,3 Billionen Dollar zu verdreizehnfachen, stellte

den großen Streitpunkt der diesjährigen Verhandlungen dar. Einiges an Skurrilität bietet dabei die Tatsache, dass die Definition, ob es sich bei einem Staat um ein Industrie- oder Entwicklungsland handelt, auf das Kyoto-Protokoll aus dem Jahr 1997 zurückzuführen ist. Industriestaaten, und damit jene Länder, die Zahlungen an die Entwicklungsländer leisten, sind beispielsweise die Europäische Union, die USA, Kanada, Neuseeland, Australien und die Schweiz. Länder wie China, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate oder auch Aserbaidschan sucht man vergeblich auf Seiten der Industrieländer, sind diese doch per Definition Entwicklungsländer und müssen daher bis dato keinen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leisten. Vielmehr könnten sie sogar Mittel daraus erhalten.

**Zähe Verhandlungen und schwache Präsidentschaft**

Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst zäh. Zeitweise verließen im Abschlussplenum, das mit einem Tag Verspätung erst am Samstag zusammen kam, auch einige Ländergruppen aus Entwicklungsländern den Verhandlungssaal. Auch die aserbaidische Präsidentschaft musste einiges an Kritik hinnehmen, so warf man ihr vor, nicht wirklich an einem guten Ergebnis interessiert zu sein und die Verhandlungen nicht

**Österreichs Wirtschaftsvertreter vor Ort in Baku: Markus Oyrer (WKÖ) und Dieter Drexel (IV)**



Foto: WKÖ

konstruktiv voranzutreiben, was sich in Form von inhaltslosen und zu spät vorgelegten Abschlusstexten ausdrückte.

### Späte Einigung auf Kompromiss

In der Nacht auf Sonntag kam man schließlich noch durch einen Kompromiss zu einem Ergebnis. Laut dem Beschluss sollen die jährlichen Beiträge zur Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung an Klimafolgen bis 2035 auf mindestens 300 Milliarden Dollar (288 Milliarden Euro) steigen. Damit wurde das Maximum erreicht, das Europa und andere Industriestaaten in den Topf legen wollten.



Im Plenarsaal bei der COP29 in Baku

Ob diese Summe tatsächlich erreicht werden kann, bleibt abzuwarten. Vor allem die USA scheinen mit sehr hohen Ambitionen und Zusagen in die Verhandlungen gegangen zu sein. Ob und in welcher Höhe Zahlungen unter einer erneuten Präsidentschaft von Donald Trump tatsächlich fließen werden steht in den Sternen, wird doch mit einem erneuten sofortigen Austritt aus dem Pariser Abkommen gerechnet.

Den Kompromiss fand man dahingehend, dass der Abschlusstext über die festgeschriebenen 300 Milliarden Dollar hinaus, eine unverbindliche Aufforderung an alle Akteure beinhaltet, die jährlichen Mittel für Entwicklungsländer bis 2035 auf mindestens 1,3 Billionen Dollar aufzustocken. Um diese Summe aufzutreiben, sollen der Einigung zufolge auch die multilateralen Entwicklungsbanken deutlich mehr Kredite vergeben beziehungsweise armen Staaten Schulden erlassen.

### Erfolg bei Einigung zu Artikel 6 Pariser Abkommen

Einen wesentlichen Erfolg konnte man hinsichtlich Artikel 6 Pariser Abkommen erzielen, der den Grundstein für die Etablierung von globalen CO<sub>2</sub>-Märkten zwischen den Vertragsstaaten legt.

Unter Artikel 6 des Pariser Abkommens können Länder CO<sub>2</sub>-Zertifikate handeln, die sie durch die Reduktion ihrer nationalen Treibhausgasemissionen erzielen und damit andere Länder bei der Erreichung ihrer Klimaziele unterstützen.

Zwar besteht die Möglichkeit der Kooperation unter der Nutzung des „Mechanismus zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen und zur Förderung nachhaltiger Entwicklung“ – Artikel 6.4 Pariser Abkommen – bereits seit 2015, jedoch fehlte es bislang an einheitlichen Standards. Diese wurden mit dem Beschluss der Vertragsstaaten nun auf den Weg gebracht und damit ein wichtiger Schritt in Richtung eines globalen CO<sub>2</sub>-Marktes gesetzt, auch wenn die genaue Ausgestaltung noch vorgenommen werden muss. ●

### WKÖ-Position

- Hinsichtlich der internationalen Klimafinanzierung muss es endlich gelingen, die fast 30 Jahre alte Definition der Industriestaaten und Entwicklungsländer aufzubrechen. Europa sollte hier einen starken Standpunkt einnehmen, damit es zu einer Neudefinition kommt.
- Die Einigung zu Artikel 6 des Pariser Abkommens könnte eine wegweisende Entscheidung sein, ermöglicht sie doch nicht nur Ländern, sondern auch Privaten den Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten unter diesem Regime. Hier gilt es ein besonderes Auge auf die Integration in den Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) zu haben.
- Für einen effektiven Klimaschutz bei gleichzeitig fairen Wettbewerbsbedingungen brauchen wir ambitionierte globale Anstrengungen und gemeinsame Standards. ●

### Weitere Infos:

- COP29 ([Link](#))



Mag. Markus Oyrer BSc LL.B. (WKÖ)

[markus.oyrer@wko.at](mailto:markus.oyrer@wko.at)